

Drei Fragen an Martin Kobler



UN-Foto: Eskinder Debebe

Was sind die Gründe dafür, dass sich Libyen fünf Jahre nach dem Sturz von Muammar al-Gaddafi noch immer in dieser langwierigen Konfliktsituation befindet?

Die Revolution in Libyen verlief ausgesprochen gewalttätig und die ausländische Intervention hinterließ ein Vakuum ohne funktionierende Institutionen. Al-Gaddafi hatte das Trugbild eines Staates geschaffen und hat während den 42 Jahren seiner Diktatur keine funktionsfähigen staatlichen Institutionen aufgebaut. Nach der Revolution und nach der Intervention im Jahr 2011 gab es keine klare Strategie für den Übergangsprozess. Der ›Tag danach‹ wurde nicht bedacht. Der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der nationalen Aussöhnung in dem tief gespaltenen Land wurde nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Nach Chaos und Bürgerkrieg wurde dann im Dezember 2015 das von den UN verhandelte ›Libysche Politische Abkommen‹ unterzeichnet. Ein neunköpfiger Präsidiumsrat wurde eingerichtet, allerdings fehlt der ›Regierung der nationalen Einheit‹ noch die volle Bestätigung durch das Parlament.

Der ›Tag danach‹ wurde nicht bedacht. Der Rüstungskontrolle und Abrüstung sowie der nationalen Aussöhnung in dem tief gespaltenen Land wurde nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Nach Chaos und Bürgerkrieg wurde dann im Dezember 2015 das von den UN verhandelte ›Libysche Politische Abkommen‹ unterzeichnet. Ein neunköpfiger Präsidiumsrat wurde eingerichtet, allerdings fehlt der ›Regierung der nationalen Einheit‹ noch die volle Bestätigung durch das Parlament.

Sie waren in den Krisengebieten in Afghanistan, Irak und der Demokratischen Republik Kongo. Wurden die Mandate den spezifischen Situationen in den Ländern gerecht?

Die Mandate des UN-Sicherheitsrats sind das Ergebnis von Verhandlungen unter der Berücksichtigung aller Aspekte, um eine Krise bestmöglich zu lösen. Sie spiegeln auch die Realitäten der Weltpolitik wider. Wir sehen einen Trend hin zu umfangreichen Mandaten, die mit den begrenzten Mitteln, die zur Verfügung stehen, oft nur unzureichend umgesetzt werden können. Frieden schaffen kostet Geld! Friedensoperationen kosten nur einen Bruchteil der Militärausgaben. Ein gutes Mandat, das den Bedürfnissen gerecht wird, ist allerdings nur ein Aspekt – weitere wichtige Aspekte sind der politische Wille der Gastregierungen sowie die politische Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft und regionaler Akteure, das Mandat auch umzusetzen. Man kann ein hervorragendes Mandat haben: Ohne die Kooperationsbereitschaft der nationalen Akteure und ohne internationale Unterstützung sind die Erfolgchancen gering. Auf der anderen Seite reicht auch ein begrenztes Mandat, wenn die Bereitschaft der Konfliktparteien und der Rückhalt der Weltgemeinschaft vorhanden ist. Dann kann man viel erreichen.

Wie sollte Deutschland dazu beitragen, die weltweiten Bemühungen der Friedenssicherung zu unterstützen?

Deutschland leistet bereits einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung und gehört zu den zehn größten Beitragszahlern im Jahr 2016. Trotzdem denke ich, dass die UN von einem aktiveren Engagement Deutschlands hinsichtlich des zivilen und militärischen Personals profitieren würden. Politische Unterstützung ist oft nicht genug. In vielen Missionen spielen Polizeieinheiten eine wichtige Rolle für die Stabilisierung. Hier kann die deutsche Polizei einen erheblichen Beitrag leisten. Solche Einsätze sind allerdings oft gefährlich. Deutschland sollte sich nur beteiligen, wenn es bereit ist, auch die Risiken in Kauf zu nehmen, die mit solchen Einsätzen verbunden sind und sich nicht bei Schwierigkeiten zurückzieht. Am 22. September 2016 hat Deutschland offiziell seine Kandidatur für die Sicherheitsratsmitgliedschaft 2019–2020 in New York vorgestellt. Ich würde mir wünschen, dass sich Deutschland aktiver mit Personal bei friedenserhaltenden Operationen einbringen könnte. Mehr Engagement bedeutet, größere Risiken einzugehen. Doch wer eine bedeutendere Rolle in den Krisenherden der Welt übernehmen möchte, müsste auch die damit verbundene Verantwortung übernehmen.

Martin Kobler ist seit November 2015 Sonderbeauftragter des UN-Generalsekretärs für Libyen und Leiter der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen (UNSMIL).

Wie nützlich ist die MONUSCO noch?

Die MONUSCO wird kaum als Erfolg der UN-Friedenssicherung in die Geschichtsbücher eingehen. Ebenso wenig dürfte die Mission als eklatantes Scheitern in Erinnerung bleiben. Wichtigen Erfolgen bis zu den Wahlen im Jahr 2006 steht seitdem ein weitgehender Stillstand gegenüber. Die Gründe dafür sind weniger in der Mission selbst als in ihrem Umfeld zu suchen. Dazu zählt der UN-Sicherheitsrat, dessen Politik sich darin erschöpft, die Mission vor Ort zu belassen und ihr Mandat punktuell zu schärfen und zu erweitern. Es sind keine Initiativen erkennbar, die einen Weg aus der Sackgasse bieten würden. Die immer gleichlautenden Appelle an die nationale Eigenverantwortung und die Forderung einer Reform des Sicherheitssektors klingen mittlerweile hohl und wirklichkeitsfern. Von der kongolesischen Seite werden sie geflissentlich ignoriert, genauso wie letztlich die MONUSCO.

Ohne internationalen Rückhalt hat die Mission seit den Wahlen im Jahr 2006 eine kontinuierliche politische Marginalisierung seitens der kongolesischen Regierung erfahren. Diese sieht in der MONUSCO wahlweise einen ›Sündenbock‹ für die desolate Sicherheitslage im Osten oder einen ›Störenfried‹, der Reformen und die Einhaltung von Menschenrechten anmahnt. Mittlerweile überwiegt die Wahrnehmung als ›Störenfried‹, sodass keine Grundlage für ein gemeinsames Handeln gegeben ist. Nichts verdeutlicht dies mehr als die hartnäckigen Forderungen der Regierung nach einem Abzug der MONUSCO. Die Tatsache, dass die UN mittlerweile um ihren Verbleib in der DRK regelrecht betteln müssen, ist bittere Ironie.

So bleibt MONUSCO nur die Option, alles zu unterlassen, was die Regierung weiter gegen sie aufbringen könnte, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten Schadensbegrenzung zu betreiben. Die Frage, ob der Sicherheitsrat die Konsequenz ziehen sollte, die Mission abzuziehen, wird immer öfter gestellt.¹⁸ Derzeit spricht vieles dafür, dass der Sicherheitsrat den geeigneten Zeitpunkt für einen Abzug verpasst hat. Dank der Versuche Kabilas, sich durch diverse Manöver wie das Verzögern der im Jahr 2016 anstehenden Wahlen an der Macht zu halten, steuert die DRK auf eine neue Krise zu. Ein Abzug zum jetzigen Zeitpunkt beinhaltet daher Risiken, die kaum ein Mitglied des Sicherheitsrats zu tragen bereit sein dürfte.

¹⁸ De Vries, a.a.O. (Anm. 16), S. 60; Stearns, a.a.O. (Anm. 10), S. 10.